

Beschluss der LDK Buchholz am 4. Juni 2005

Wir wollen, dass die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen auf neuer Grundlage wieder eingeführt wird.

Wir fordern die Landesregierung auf, anstelle des teuren und verwaltungsaufwändigen Mietmodells ein Modell vorzulegen, mit welchem einkommensschwachen und kinderreichen Familien die Schulbücher kostenlos zur Verfügung gestellt werden und für andere Familien die Eigenbeteiligung beim Erwerb von Schulbüchern abhängig vom Einkommen und von der Zahl der schulpflichtigen Kinder im Haushalt mit einem maximalen Betrag pro Kind festgesetzt wird.

Ziel ist, dass alle SchülerInnen die wichtigsten Schulbücher selbst besitzen, damit sie mit und in ihnen arbeiten können, zugleich aber Familien mit geringen Einkommen nicht übermäßig belastet werden.

Begründung:

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungschancen nicht durch die finanziellen Voraussetzungen des Elternhauses bestimmt werden. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, wie sie von der CDU/ FDP-Landesregierung vorangetrieben wurde, ist aus unserer Sicht ein weiterer Schritt die Bildungschancen von Kinder und Jugendlichen noch stärker von den finanziellen Möglichkeiten ihres Elternhauses bestimmen zu lassen. Aus unserer Sicht ist es Kernziel grüner Politik allen SchülerInnen zu ermöglichen, ihre individuellen Bildungspotentiale optimal ausschöpfen zu können. Dazu bedarf es insbesondere auch der Möglichkeit mit aktuellen und qualitativ hochwertigen Unterrichtsmaterialien zu arbeiten. Der Zugang zu diesen Materialien sollte weitgehend unabhängig von der Bereitschaft und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern die höheren Kosten zu tragen sein. Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit ist für uns ein wichtiger Schritt, Chancengleichheit zu fördern und Bildungserfolge von den individuellen Fähigkeiten und nicht vom Elternhaus abhängig zu machen.

Die Rückkehr zum kostenlosen Leihmodell der alten Landesregierung ist für uns jedoch nur eine unzureichende Maßnahme, um die Chancengleichheit herzustellen und optimale Bildungserfolge zu fördern. Dieses Modell hatte eine Reihe von Nachteilen: in den Büchern konnte nicht gearbeitet werden, weil sie sauber wieder abgegeben werden sollten, die Bücher waren häufig veraltet, weil bis zu 10 Jahre im Gebrauch und dadurch nicht aktuell. Zudem standen wichtige grundlegende Lehrbücher nicht über die Zeit der jeweiligen Klassenstufe hinaus zur Verfügung. Es ist uns wichtig sicherzustellen, dass SchülerInnen die Möglichkeit erhalten, mit aktuellen Lehrbüchern zu arbeiten. Zudem sollten ihnen die wichtigsten Lehrbücher längerfristig und zur intensiven Nutzung zur Verfügung stehen. Dies ist mit dem reinen Leihmodell nicht möglich.

Angesichts knapper Haushaltsmittel können wir es uns nicht mehr leisten, dass ohne Ansehen der Einkommensverhältnisse allen SchülerInnen alle relevanten Schulbücher kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Zur Förderung der Chancengleichheit fordern wir jedoch, dass ein Modell entwickelt wird, welches es allen SchülerInnen ermöglicht mit guten Lernmitteln intensiv zu arbeiten, welches Nachteile durch die Einkommenssituation des Elternhauses ausgleicht und eine angemessene, einkommensabhängige Eigenbeteiligung bei der Anschaffung von Lernmitteln vorsieht. Daneben muss zwischen Lernmitteln die geliehen und Lernmitteln die jede SchülerIn selbst besitzen sollte gezielt unterschieden werden. Hier sollten sinnvolle Kombinationsmodelle entwickelt werden. Die aktuellen Pläne der Landesregierung erhöhen den Verwaltungsaufwand, belasten einkommensschwache Familien und machen die Bildungschancen immer mehr von Elternhaus abhängig.

Wir setzen mit diesem Beschluss ein Zeichen für eine Bildungspolitik setzen, die Chancengleichheit ermöglicht und versucht soziale Selektionsmechanismen weitgehend abzubauen.